

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 13. März 2017

Die westliche Wertegemeinschaft sichern und stärken – zehn Punkte für die transatlantische Partnerschaft

Das klare Bekenntnis zu einer starken transatlantischen Partnerschaft mit den USA und Kanada, die auch Belastungen aushält, gehört zum Kernbestand liberaler Außenpolitik. Angesichts der Möglichkeit, dass die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) eine weniger aktive globale Rolle spielen könnten, ist aus Sicht der Freien Demokraten die Stärkung des transatlantischen Dialogs gerade jetzt genauso notwendig wie die Stärkung der Europäischen Union (EU). Denn wenn der Atlantik breiter würde, ginge das auch zu Lasten Deutschlands und Europas, der EU und der North Atlantic Treaty Organization (NATO). Die Wahl Donald Trumps hat Fragen aufgeworfen, seine ersten Maßnahmen haben auch Irritationen ausgelöst. Doch aus berechtigter Kritik an der Politik des neuen US-Präsidenten darf kein Antiamerikanismus werden. Aus einer veränderten amerikanischen Außenpolitik darf aber auch kein Nachteil für Deutschland und Europa entstehen.

Dazu stellen die Freien Demokraten die folgenden 10 Punkte in den Mittelpunkt der transatlantischen Beziehungen:

1. Gespräche suchen, nicht meiden

Die USA bleiben unser wichtigster Verbündeter und unsere sicherheitspolitische Rückversicherung. Die Irritationen über erste Maßnahmen der Trump-Administration dürfen nicht zu Sprachlosigkeit führen, sondern müssen das Gegenteil bewirken. Die Bundesregierung muss sich daher für einen intensiven Dialog einsetzen. Dazu gehören neben zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontakten vor allem auch regelmäßige parlamentarische Gespräche und Regierungskonsultationen mit den USA auf Ministerebene, wie sie schon mit Frankreich, Spanien, Indien, Brasilien und China bestehen.

2. Wähler von Donald Trump ernst nehmen und besser verstehen

Donald Trump konnte neue Wähler mobilisieren. Dazu gehörten gerade Angehörige der Mittelschicht im Mittleren Westen sowie Arbeiter in früher stark von Industrie geprägten Staaten, die sich durch die Globalisierung bedroht fühlen. Diesen Trend zu ignorieren wäre falsch, genauso wie es falsch war, diese Regionen lange zu ignorieren. Die Bundesregierung muss ein Generalkonsulat im Mittleren Westen einrichten, um Dialog und Informationsgewinnung in dieser Region zu intensivieren, denn diese Wahlen haben gezeigt, dass die Vereinigten Staaten nicht nur aus Ost- oder Westküste bestehen. Im Übrigen leben gerade in diesen Teilen der USA die meisten Amerikaner deutscher Abstammung.

3. Für internationale Zusammenarbeit, gegen Isolation

Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und eine offene Gesellschaft sind nicht selbstverständlich. Wir müssen uns verstärkt und bestimmt für ihren Erhalt einsetzen. Für uns ist die Freiheit unteilbar. Wer die Freiheit in der Gesellschaft will und gegen die Freiheit in der Wirtschaft ist, oder wer eine freie Wirtschaft, aber keine liberale Gesellschaft will, der wird am Ende beides verlieren. Das müssen wir gegenüber der neuen US-Administration selbstbewusst zum Ausdruck bringen. Aufgrund des spürbaren Rückzugs der USA aus der weltpolitischen Verantwortung muss Europa sein multilaterales Engagement stärken. Dennoch muss die neue US-Administration auch wissen, dass eine Schwächung des transatlantischen Bündnisses und ein Auseinandertreiben des freiheitlichen Europas die Stellung der USA als Weltmacht, die G7 und den Westen insgesamt gefährdet. Nur mit Deutschland und Europa als strategischen Verbündeten können die Amerikaner die Verteidigung der Freiheit und unserer gemeinsamen Grundwerte durchsetzen.

4. Europa muss sicherheitspolitisch erwachsen werden

Europa muss seine Interessen und Werte deutlich und engagiert vertreten. Dafür muss die Europäische Union mehr denn je ihre Differenzen überwinden, aufgrund gemeinsamer Werte außenpolitische Prioritäten setzen und ihre eigene sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. Business as usual ist keine Option mehr. Die drängendsten Themen sind dabei die Gewährleistung der inneren wie äußeren Sicherheit. Echte Fortschritte bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, reisender Einbrecherbanden oder des globalen Terrorismus, bei der wirksamen Sicherung unserer Außengrenzen oder in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hat die Bundesregierung nicht vorzuweisen. Dabei liegen einige Lösungen klar auf der Hand: Europa braucht einen eigenen Grenz- und Küstenschutz, ein europäisches BKA, das gemeinsam mit nationalen Polizeibehörden ermittelt sowie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen auch verdient.

5. NATO stärken

Die NATO bleibt unverzichtbar für die Sicherheit Europas. Bereits die Obama-Administration hat angekündigt, sich angesichts dynamischer Machtverschiebungen stärker dem pazifischen Raum zuzuwenden („Asian pivot“) und von Europa mehr Eigenverantwortung in unserem strategischem Raum einzufordern. Dazu sind die europäischen Mitglieder der NATO objektiv bisher nicht in der Lage. Deshalb muss Deutschland verlässlich und berechenbar an der Seite der USA stehen und in der NATO entsprechend seiner Wirtschaftskraft mehr Verantwortung übernehmen. Angesichts sinkender nationaler Budgets und vor dem Hintergrund der verschärften Sicherheitslage muss die Bundesregierung der Verpflichtung des NATO-Gipfels von Wales nachkommen, schrittweise mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes für Verteidigung und davon ein Fünftel für Großgeräte sowie Forschung und Entwicklung auszugeben. Wir Freie Demokraten fordern einen Ausbau der NATO-EU-Zusammenarbeit.

6. Digitale Sicherheit im Bündnis erhöhen

Um die Fähigkeitslücke zu den USA zu schließen, müssen die europäischen Staaten im Bereich der digitalen Sicherheit den Auf- und Ausbau des privaten Sektors sowie staatlicher Fähigkeiten weiter vorantreiben. Wir Freie Demokraten wollen eine Verbesserung der nationalen und europäischen Strategie zur Datensicherheit (Cyber Security). Die fortschreitende Digitalisierung erhöht zunehmend die Bedeutung des Cyberraums für globale Kommunikation, wirtschaftliche In-

novation und strategische Infrastruktureinrichtungen. Ebenso steigt die Relevanz des Cyberspace für Nachrichtendienste und ausländische Streitkräfte sowie Wirtschaftsspionage und organisierte Kriminalität. Deshalb braucht es sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene eine abgestimmte Strategie zum Schutz von personenbezogenen Daten, privaten Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen gleichermaßen, um diesen neuen Bedrohungen zu begegnen.

7. Gemeinsam gegen den Terrorismus, mit rechtsstaatlichen Mitteln

Wirksame Terrorbekämpfung erfordert eine differenzierte, gemeinsame Analyse der unterschiedlichen terroristischen Bedrohungen und einen entsprechend variablen Strategiemix. Dazu gehört auch die Bekämpfung des IS und mit ihm assoziierter islamistischer Terrorgruppen. Die Zusammenarbeit mit den USA und dessen Geheimdiensten spielt dabei eine Schlüsselrolle. Allerdings darf die Kooperation mit den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nur mit rechtsstaatlichen Mitteln erfolgen, insbesondere lehnen wir jede Form von Folter ab. Schon die Diskussion darüber schädigt die westliche Wertegemeinschaft. Wichtig ist darüber hinaus, dass ein notwendiger Datenaustausch nicht zur anlasslosen und verdachtsunabhängigen Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger missbraucht wird. Es geht darum, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, nicht, diese Rechte selbst auszuhöhlen.

8. Offene Märkte für Wachstum und Wohlstand

Deutschland muss sich in Europa und der Welt für freie Märkte und einen fairen Handel einsetzen. Protektionismus ist nicht im Interesse der Bundesrepublik und ihrer Partner - denn am Ende protektionistischer Importersatzpolitik stehen regelmäßig höhere Preise, schlechtere Qualität, galoppierende Inflation und sinkender Lebensstandard für die breite Mitte. Die Botschaft Europas muss sein, dass offene Märkte allen nützen, denn US-Unternehmen sind in der EU genauso aktiv wie umgekehrt. Darum halten wir ein Abkommen zur Verbesserung der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen Europa und Nordamerika weiterhin für notwendig. Der Abschluss eines Freihandelsabkommens der EU mit Kanada war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt sollte das Abkommen zügig ratifiziert werden. Hier ist die deutsche Bundesregierung gefragt. Gleichzeitig sollten sich die USA und Europa für eine Wiederbelebung der Doha-Runde einsetzen - denn die multilaterale Institution der WTO ist auf lange Sicht der beste Weg zu einem funktionsfähigen Welthandelssystem. Deutschland sollte die laufende Präsidentschaft der G20 nutzen, dies voranzutreiben.

9. Für eine international abgestimmte Umweltpolitik

Wir Freie Demokraten wollen durch international abgestimmtes Handeln die Lebensgrundlagen der wachsenden Weltbevölkerung sichern. Dabei setzen wir auf die Innovationskraft des Wettbewerbs. Denn innovative Ansätze und neue Technologien sind ein wesentlicher Motor des Klimaschutzes – nicht nur auf dem deutschen Markt, sondern weltweit. Das Pariser Abkommen war ein wichtiger Schritt zur globalen Reduktion von Treibhausgas-Emissionen. Alle Unterzeichnerstaaten, die USA eingeschlossen, müssen jetzt aber auch den gleichen Ehrgeiz bei der Umsetzung an den Tag legen.

10. Verstärkter Austausch von Kultur und Wissenschaft

Eine wichtige Ebene des Austauschs sind die engen gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA. Auf akademischer Ebene sollten neben dem universitären Austausch auch Schüleraustauschprogramme, die seit Jahren rückläufig sind, durch freiwillige Bündelung der verschiedenen Akteure und durch mögliche neue Initiativen, auch institutioneller Art, gestärkt und erweitert werden. Hierzu ist die Rolle des Koordinators für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche Kooperation deutlich zu stärken. Außerdem muss der Fachkräfteaustausch zwischen und innerhalb von Unternehmen durch Visa-Erleichterungen entbürokratisiert und ausgeweitet werden. All diese Maßnahmen schaffen Vertrauen bei gleichzeitigem konkretem Nutzen für die Menschen in beiden Ländern.